

Im Osten haben Euer Majestät die austropolnische Lösung befohlen. Trotz der schweren Bedenken, die General Lubendorff und ich gegen diese Lösung hatten, haben wir pflichtmäßig mitgearbeitet, da nach Euer Majestät Befehl die Oberste Heeresleitung die Forderungen stellen sollte, die ihr die Lösung annehmbar machten. Beim Vortrag am 18. 12. schränkten wir unsere Forderungen ein; wir hatten nun die Hoffnung, daß Euer Majestät mit den Forderungen der Obersten Heeresleitung einverstanden wären und die Reichsregierung entsprechend handeln sollte. Ich glaubte daher, auch einen Vorschlag des k. u. k. Armeoberkommandos, der uns nur unwesentliche Grenzberichtigungen zumutete, dem General v. Arz gegenüber als mit der Würde Deutschlands nicht vereinbar bezeichnen zu können.

Am 2. 1. erbat Herr v. Kühnemann Euer Majestät Entscheidung. Euer Majestät legten eine Linie fest, die unsere Forderungen stark beschränkte und die austropolnische Lösung für die Oberste Heeresleitung nicht mehr annehmbar macht. Euer Majestät gestatteten zwar, daß die Linie nochmals einer näheren Bearbeitung unterworfen wird; ich weiß aber nicht, ob noch eine Lösung gefunden werden kann, die unsere schwerwiegenden Bedenken gegen die austropolnische Lösung zu beschwichtigen\*) imstande wäre.

Die Schaffung eines ukrainischen Staates kann die Polengefahr für Deutschland gewiß mildern; die Verhältnisse sind aber in Rußland so unklar, daß darauf m. E. nicht die Sicherheit des Deutschen Reiches aufgebaut werden kann.

Auch die Verhältnisse in Kurland und Litauen sind durch die Erklärungen vom 25. 12. sehr unklar geworden. Meldungen, die ich am 4. 1. über die Haltung der Letten für den Fall einer zweiten Abstimmung erhielt, haben die Beforgnis, die ich am 2. 1. zurückstellte, erneut geweckt. Den Wählereien der Polen bleibt in den nördlichen Gebieten Tür und Tor geöffnet. Meine Bedenken gegen die austropolnische Lösung werden dadurch noch sehr erheblich bestärkt. Unsere militärischen Grenzverhältnisse werden dadurch ganz ungemein schwierig.

Ich glaube nicht, daß die Kriegslage es irgendwie gerechtfertigt hat, daß Deutschland dies auf sich zu nehmen hat. Wir sind durch die Abmachungen vom 25. 12. vollständig überrascht worden. Die späteren Abmachungen haben unsere Lage etwas verbessert, aber doch den Zustand geschaffen, den ich vorstehend festgelegt habe.

Die wirtschaftlichen Abmachungen haben beim Staatsminister Dr. Helfferich und dem Staatssekretär Frhrn. v. Stein sowie der gesamten Industrie die größte Bestürzung hervorgerufen.

\*) Am 5. November 1917 hielten alle Minister und Staatssekretäre gegen die Stellungnahme der D. S. E. eine solche Lösung für gangbar.